

Präsidialansprache
Tag der Wirtschaft
Freitag, 6. September 2019

Es gilt das gesprochene Wort

Weichen stellen für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik

Bewährte Erfolgsfaktoren bilden guten Orientierungsrahmen für Legislatur 2019 bis 2023

Heinz Karrer, Präsident economiesuisse

Exzellenzen

Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin
Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrter Herr Nationalbankpräsident
Liebe Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zum diesjährigen Tag der Wirtschaft von economiesuisse. Ich freue mich, dass Sie als Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Politik heute so zahlreich erschienen sind. Sie bekunden damit Ihre Verbundenheit mit unserer Organisation, wofür ich Ihnen danke.

Ein ganz spezieller Gruss geht auch an die Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Limmattal in Urdorf.

China auf dem Weg an die Spitze

Der Aufstieg der Volksrepublik China zur wirtschaftlichen und technologischen Supermacht geht unaufhaltsam weiter. In zahlreichen Produktionssektoren hat China weltweit eine unangefochtene Führungsposition. Das Bruttoinlandprodukt Chinas ist hinter den USA bereits das zweitgrösste der Welt. Und gemessen an der Kaufkraftparität ist China bereits heute die grösste Volkswirtschaft auf dem Globus. Seit mehr als 25 Jahren wächst die chinesische Volkswirtschaft um 6,7 bis 14,2 Prozent pro Jahr. Auch wenn die jüngsten Wachstumszahlen von Mitte 2019 etwas tiefer ausfielen, zeichnet sich ab: China greift nach der globalen Macht und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es die USA als Wirtschaftsmacht Nummer 1 ablöst. Vor diesem Hintergrund erstaunt die Nervosität nicht, mit welcher die Trump-Administration die wirtschaftlichen Entwicklungen Chinas beobachtet. Ein Flaggschiff dieser Entwicklungen ist das Projekt «One Belt, One Road», auch bekannt als «Neue Seidenstrasse», das die Chinesen gewissermassen als Alternative zur Trans-Pazifischen Partnerschaft TPP lanciert hatten. TPP, das Handelsabkommen von zwölf Volkswirtschaften, wurde ursprünglich von den USA vorge-

schlagen. Doch nach der Wahl von Donald Trump stiegen die USA aus TPP aus. Seit rund 18 Monaten liegen die USA und China in einem einzigartigen Handelsstreit, in dem eine Zeit lang jede Partei an der Eskalationsspirale drehte. Nun scheint in diesem Handelskonflikt zwischen den grossen Wirtschaftsmächten vorerst Waffenstillstand eingekehrt zu sein.

Im Kern des Konflikts geht es nicht nur um Wachstumsraten und Handelsbilanzen, sondern auch um den Wettbewerb der Systeme. Hier eine freiheitliche Demokratie westlicher Prägung, in der die wirtschaftliche Entwicklung den Kräften der Märkte folgt und der Staat lediglich für gute Rahmenbedingungen sorgt. Dort eine gelenkte Volkswirtschaft, welche die chinesische Staatsführung als «Sozialismus chinesischer Prägung» bezeichnet und in der gigantische Staatsfonds oder staatlich kontrollierte Unternehmen im Ausland Investitionen tätigen – teilweise auch mit industriepolitischen Ambitionen. Das weckt in der Politik Befürchtungen um einen Verlust von Arbeitsplätzen oder Know-how oder gar um die Gefährdung der nationalen Sicherheit. Die USA setzten einen chinesischen Telekommunikationskonzern und Smartphone-Hersteller kurzerhand auf ihre Schwarze Liste – mit erheblichem Kollateralschaden für zahlreiche Anbieter auf beiden Seiten. Und in der Schweiz nahm der Ständerat Mitte Juni eine Motion «zum Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen» an. Damit ist auch die hiesige Politik ohne sachliche Notwendigkeit auf den protektionistischen Zug aufgesprungen. Ausländische Investitionen sind für die offene und international stark vernetzte Schweizer Volkswirtschaft ein zentraler Erfolgsfaktor. Zudem gehört die Schweiz selbst weltweit zu den grössten Direktinvestoren im Ausland. Befürchtungen um sicherheitsrelevante Infrastrukturen und Unternehmen mit besonderer Bedeutung für die Volkswirtschaft sind unbegründet: Bereits heute existieren griffige Instrumente zu deren Schutz. Gerade in einem Wahljahr ist es zentral, sich auf die wirtschaftspolitischen Erfolgsfaktoren zu besinnen, die der Schweiz Wohlstand und Sicherheit gebracht haben.

Abkühlung der Weltwirtschaft und sinkendes Wachstum in der Eurozone

Die internationalen Handelskonflikte, vor allem zwischen den USA und China, und die Abkühlung der Weltwirtschaft schwächen auch das Wirtschaftswachstum in der Eurozone ab. Nachdem die EU-Kommission bereits im Februar ihre Wachstumsprognosen von 1,9 auf 1,3 Prozent gesenkt hatte, ging sie im Mai für die 19 Staaten der Währungsunion von einem Wirtschaftswachstum von nur noch 1,2 Prozent aus. Für den Wirtschaftsmotor Deutschland rechnet die EU-Kommission für 2019 gar nur noch mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent. Der zunehmende Protektionismus wichtiger Handelspartner, vor allem der USA, drückt auf die wirtschaftliche Prosperität.

Der Schweizer Purchasing Managers' Index (PMI) lag im Juni bei 47,7 Punkten und damit um einen Punkt unter dem Wert des Vormonats sowie den dritten Monat in Folge unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Tiefer war der Industrie-PMI zuletzt im Oktober 2012. Der schweizerische PMI, auch bekannt als Einkaufsmanagerindex, zeigt vorausschauend monatlich die Konjunkturentwicklung an. Er offenbart: Die Produktion der Schweizer Industrie nimmt ab. Obwohl die Industrie mit Schwung ins 2019 gestartet war, werden die Auftragsbücher nun dünner.

Auch der Internationale Währungsfonds (IMF) geht für 2019 von einem leicht abgeschwächten Weltwirtschaftswachstum von 3,3 Prozent aus, gegenüber 3,6 Prozent im Vorjahr. Damit liegt das Wachstum 2019 leicht unter den durchschnittlichen Wachstumsraten von 3,5 Prozent seit 1980.

Nach wie vor wiegen die Risiken für die Konjunktur schwer: So ist nicht auszuschliessen, dass die handelspolitischen Spannungen wieder zunehmen und dabei globale Wertschöpfungsketten stark stören. Zudem könnte das Wachstum in China schwächer als erwartet ausfallen und der Brexit zu grösseren Verwerfungen führen. Schliesslich bleiben auch an den Finanzmärkten Risiken, die zu einer Verschärfung der Finanzierungsbedingungen führen könnten – notabene in einem Umfeld hoher privater und öffentlicher Verschuldung. Der Halt der EZB und des FED bei der Normalisierung der Geldpolitik

ist vor diesem Hintergrund zumindest nachvollziehbar. Vor dem Hintergrund dieser Risiken sollten wirtschaftspolitische Fehler vermieden werden, damit Investitionen nicht gebremst werden.

Weitere Wachstumsabschwächung in der Schweiz

Die schwächere Weltkonjunktur bremst auch die Schweizer Wirtschaft. Diese wuchs 2018 immerhin noch um rund 2,5 Prozent. Nach dem starken Wachstum im ersten Quartal 2019 kommt es aber im weiteren Jahresverlauf zu einer Abschwächung. Für 2019 ist noch mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent zu rechnen. Im kommenden Jahr gehen wir von einer weiteren Abschwächung auf 1,2 Prozent aus. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 2,3 Prozent. Sie wird tief bleiben, aber höchstwahrscheinlich nicht mehr weiter sinken. Insgesamt ist die Wirtschaft also gut ausgelastet und der Ausblick bleibt alles in allem solide.

Die Schweizerische Nationalbank hat angekündigt, ihre Geldpolitik unverändert expansiv zu belassen und auch am Negativzins von $-0,75$ Prozent festzuhalten. Ebenso will sie bei Bedarf weiterhin am Devisenmarkt aktiv werden. Mit der expansiven Geldpolitik verfolgt die SNB ihre Ziele, nämlich die Stabilisierung der Preisentwicklung und die Unterstützung der Wirtschaftsaktivität. Das muss sie unabhängig von politischen Begehrlichkeiten tun können.

Falls der Negativzins in den kommenden zwei Jahren bei $-0,75$ Prozent bleibt, dürfte die Inflation bis Anfang 2021 bei tiefen 0,6 bis 0,7 Prozent bleiben, danach wird sie möglicherweise auf über ein Prozent ansteigen. Die Inflation und die Inflationserwartungen liegen in der Schweiz im Bereich der Preisstabilität. Der Franken ist weiterhin hoch bewertet, und die Lage am Devisenmarkt bleibt fragil.

Solange die Negativzinsen bleiben und weiterhin ein Mangel an risikoarmen Anlagen besteht, werden auch die Preise von Wohneigentum weiterhin entsprechend steigen. 2019 wird der Preisanstieg bei Einfamilienhäusern etwa ein Prozent betragen, die Preise von Eigentumswohnungen hingegen werden leicht sinken. Ein Anstieg der Zinsen würde den Höhenflug der Immobilienpreise abschwächen oder – besonders im Falle von Mehrfamilienhäusern als Renditeliegenschaften – wohl umkehren.

Zusammenfassend lässt sich die derzeitige Lage der Weltwirtschaft als unsicher und fragil bezeichnen. Die wirtschaftspolitischen und konjunkturellen Abwärtsrisiken sind erheblich und Turbulenzen auf den Finanzmärkten oder abrupte Wechselkursänderungen jederzeit möglich. Eine geldpolitische Straffung ist vor diesem Hintergrund nicht zu erwarten. Das Tiefzinsumfeld und die starke Währung stellen viele Schweizer Unternehmen vor grosse Herausforderungen. Die globalen Herausforderungen und Risiken kann die Schweizer Politik kaum beeinflussen. Umso wichtiger ist, dass sie dort, wo sie die Möglichkeiten dazu hat, keine wirtschaftspolitischen Fehler macht und die traditionelle Stärke der Schweiz, nämlich die Offenheit und gute internationale Vernetzung unserer Volkswirtschaft hochhält. Nur so kann sie die Standortattraktivität im internationalen Wettbewerb erhalten und fördern.

Die Schweiz verliert an Wettbewerbsfähigkeit

In der Wirtschaftspolitik hat die Schweiz in den vergangenen Jahren vieles gut gemacht, aber nicht so gut, wie sie es hätte tun können. Eine gute Wirtschaftspolitik sorgt für bestmögliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Und sie verbessert die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts im internationalen Vergleich. Nun schneidet die Schweiz aber in internationalen Vergleichen punkto Wettbewerbsfähigkeit schlechter ab als noch vor ein paar Jahren.

So zum Beispiel im «Ease of Doing Business Index» der Weltbank. Hier sind wir auf Platz 38 abgerutscht. Die Studie gilt seit der Erstpublikation 2006 als die weltweit bekannteste und umfangreichste Untersuchung zur Geschäftsfreundlichkeit und Unternehmensregulierung. Sie stellt der Schweiz kein gutes Zeugnis aus.

Natürlich kann man solche Studien ignorieren. Aber klug wäre das nicht, denn sie beeinflussen Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Viele Regierungen haben das verstanden und entsprechende Massnahmen ergriffen – mit beachtlichem Erfolg, wie der neuste Index zeigt. Dänemark, Hongkong oder Südkorea zum Beispiel haben in den vergangenen zehn Jahren grosse Fortschritte erzielt und belegen heute die Plätze 3 bis 5 in diesem Ranking, das von Neuseeland und Singapur angeführt wird. Ganz anders die Schweiz, sie rutschte kontinuierlich ab.

Auch im «IMD World Competitiveness Ranking» haben wir Boden verloren und sind 2018 von Rang 2 auf Rang 5 zurückgefallen. Kein Land in den Top Ten hat mehr Plätze verloren. Das schlechtere Abschneiden der Schweiz gehe vor allem auf eine Abschwächung der Exporte zurück, kommentierte das Institut. Und in geringerem Masse nehme auch die Wahrnehmung der Gefahr einer Verlagerung von Forschung und Entwicklung zu. Immerhin hat die Schweiz im jüngsten Ranking wieder einen Platz gutgemacht. Aber auch im «Global Competitiveness Report» des World Economic Forum (WEF) hat die Schweiz ihren Podestplatz verloren. Zur Erinnerung: Von 2009 bis 2017 führte sie diese Rangliste der Volkswirtschaften mit den höchsten Wachstumschancen an.

Selbst wenn solche Ländervergleiche mit gewissen Vorbehalten zu beurteilen sind, sie zeigen doch klar: Die Schweiz hat an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Gründe liegen auf der Hand: Die Währungssituation, die jahrelange Unsicherheit bei der Unternehmensbesteuerung, die unklare Zukunft der Beziehungen zur EU oder auch die Aufschiebung der Rentenreform haben Verunsicherung ausgelöst. Das schadet dem Investitionsklima.

Die Legislatur war geprägt von wirtschaftspolitischem Stillstand und Blockaden

Wir haben rund 100 wirtschaftspolitische Entscheidungen in der zu Ende gehenden Legislatur 2015 bis 2019 auf ihre Auswirkungen auf die Standortqualität hin untersucht. Die Bilanz ist vor allem durch Stagnation und Rückschritte geprägt. Obwohl die Legislatur noch nicht zu Ende ist, hat sich der Eindruck verfestigt, dass es vier zähe Jahre waren, in denen keine grossen Fortschritte erzielt wurden. Zu oft hat sich die Politik damit begnügt, den Status quo zu verwalten. Wichtige Reformen wurden kaum angestossen und für die drängendsten Probleme nur selten mehrheitsfähige Lösungen präsentiert.

Negative Entwicklungen auf die Standortqualität sind zum Beispiel in der makroökonomischen Stabilität festzustellen: Zwar konnten grössere Rückschritte wie etwa die Vollgeldinitiative oder ordnungspolitische Sündenfälle bei der Bewältigung des Frankenschocks vermieden werden. Trotzdem hat beispielsweise der Reformstau bei der Altersvorsorge langfristig negative Auswirkungen auf die Schuldendynamik. Im Bereich Arbeitsmarkt hatte die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative einen massgeblichen Einfluss. Bis klar war, wie die MEI umgesetzt wird, wirkte sich die Phase der Planungsunsicherheit negativ aus. Im Finanzmarkt wurden neue Regulierungen eingeführt, um sich internationalen Standards anzupassen. Das war zwar unausweichlich und für die Schweizer Wirtschaft notwendig. Trotzdem nimmt dadurch der Aufwand für die Unternehmen zu. Die negative Entwicklung in der Dynamik ist Ausdruck des mangelnden Gestaltungswillens, der fehlenden Weitsicht und der zunehmenden Regulierungen und Hürden für wirtschaftliche Tätigkeiten.

Der Status quo wurde in den Bereichen Innovation, Institutionen, Infrastruktur, Gesundheit und Produktmarkt gehalten. Einzig bei der Marktgrösse und der Qualifikation der Arbeitskräfte war die Entwicklung in den vergangenen vier Jahren positiv. Die Marktgrösse hat unter anderem wegen diverser Freihandelsabkommen wie zum Beispiel mit den Philippinen oder Indonesien zugenommen. Die Qualifikation der Arbeitskräfte erhöhte sich aufgrund des Anstiegs an Abschlüssen der höheren Berufsbildung, Fachhochschulen und Universitäten. Fortschritte in der Bildungspolitik ergaben sich auch aufgrund der

erfolgreichen Einführung des Lehrplans 21, dank dem unter anderem «Medien und Informatik» nun endlich verbindlich in den Schulstuben Einzug halten.

Onlineplattform zur individuellen wirtschaftspolitischen Standortbestimmung

Als individuelle Orientierungshilfe und wirtschaftspolitische Standortbestimmung für National- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten, aber auch für wirtschaftspolitisch interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben wir unter www.elections.ch eine Onlineplattform aufgebaut. Auf dieser Plattform können die Kandidierenden anhand eines Fragebogens die wichtigsten wirtschaftspolitischen Geschäfte in der kommenden Legislatur aus ihrer Sicht beurteilen. Nach Ausfüllen des Fragebogens bekommen sie eine persönliche Auswertung und ausführliche Informationen zu den betreffenden Geschäften. So können sich wirtschaftspolitisch Interessierte heute schon mit denjenigen wirtschaftspolitischen Themen persönlich auseinandersetzen, die in der nächsten Legislatur im Parlament diskutiert werden. Aus den Umfrageergebnissen werden keine Ranglisten oder Wahlempfehlungen erstellt.

Grosse wirtschaftspolitische Herausforderungen in der kommenden Legislatur

Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den kommenden vier Jahren sind gross, wie ich an konkreten Beispielen aufzeigen möchte. Ich beginne mit den aussenpolitischen Herausforderungen.

Die Schweizer Wirtschaft profitiert von den bestehenden bilateralen Abkommen mit der EU, unserer mit Abstand wichtigsten Handelspartnerin. Aufgrund der lediglich teilweisen Integration in den EU-Binnenmarkt kämpfen verschiedene Branchen allerdings mit Wettbewerbsnachteilen gegenüber ihrer Konkurrenz aus der EU. Hierzu zählt beispielsweise die Strombranche. Für den Abschluss weiterer Marktzugangsabkommen mit der EU und der Erneuerung bestehender Abkommen bedarf es einer Einigung über das institutionelle Abkommen. Dieses regelt die dynamische Aktualisierung der fünf bestehenden Marktzugangsabkommen mit der EU (Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Luftverkehr, technische Handelshemmnisse/MRA und Landwirtschaft) und enthält auch einen Streitschlichtungsmechanismus. Der wirtschaftliche Nutzen der bilateralen Marktzugangsabkommen ist mit 20 bis 30 Milliarden Franken jährlich für die Schweiz von grosser Bedeutung. Dieser Betrag könnte ohne institutionelles Abkommen langfristig wegschmelzen. Gefährdet sind grundsätzlich alleine schon der Erhalt und erst recht die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen mit der EU.

Kündigungsinitiative gefährdet den bilateralen Weg akut

Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit (FZA) ist ein zentrales Element der Bilateralen I und eröffnet der Schweiz den Zugang zu qualifizierten Fachkräften in der EU, die hierzulande nicht überall und inskünftig aufgrund der demografischen Veränderungen verstärkt noch weniger in ausreichendem Masse vorhanden sind. Das FZA ist jedoch zurzeit durch die Kündigungsinitiative der SVP infrage gestellt. Diese verlangt, dass der Bundesrat das Abkommen kündigt. Damit würden aufgrund der Guillotineklausel auch die anderen sechs Verträge der Bilateralen I wegfallen. Das bestehende Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU wurde in der Volksabstimmung 2000 angenommen und 2005 sowie 2009 vom Volk bestätigt. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit hätte grosse Nachteile für die Schweiz. Sie würde den gesamten bilateralen Weg aufs Spiel setzen. Solche Experimente würden dem Wirtschaftsstandort Schweiz massiv schaden.

Ungeregelter Brexit noch nicht vom Tisch

Wann Grossbritannien tatsächlich aus der EU austreten wird, ist weiterhin unklar. Die Briten und die EU haben sich zwar auf eine längere «Denkpause» geeinigt. Neu soll der Brexit spätestens am 31. Oktober 2019 stattfinden, ausser das Austrittsabkommen wird vorher doch noch ratifiziert. Trotzdem bleibt ein unregelter Brexit weiterhin im Raum. Die EU hat Nachverhandlungen erneut explizit ausgeschlossen. Die Schweiz konnte mit Grossbritannien bilateral eine Auffanglösung vereinbaren, welche die vertraglichen Beziehungen weitestgehend sichert und den wirtschaftlichen Schaden mini-

miert. Konkret wurden fünf bilaterale Abkommen in den Bereichen Land- und Luftverkehr, Handel, Versicherungen und Bürgerrechte abgeschlossen. Auch im Fall eines harten Brexits verfügt die Schweiz somit über geregelte Beziehungen mit Grossbritannien – anders als die EU-27. Aber auch die Schweizer Lösung enthält noch wenige Lücken. Diese können jedoch nur bei einer Einigung zwischen der EU und Grossbritannien geschlossen werden.

Freihandelsabkommen sind ein wichtiges Instrument der Aussenwirtschaftspolitik

Die Schweiz verfügt heute über insgesamt 32 Freihandelsabkommen. Die Freihandelsabkommen sind für die Schweiz als kleines exportorientiertes Land ein wichtiges Instrument. Bilaterale Freihandelsabkommen gewinnen an Bedeutung, weil Liberalisierungsfortschritte auf multilateraler Ebene im Rahmen der World Trade Organization (WTO) weiterhin fehlen. Ein möglichst ungehinderter Zugang zu den wichtigsten Märkten weltweit ist für die offene Schweizer Volkswirtschaft mit kleinem Heimmarkt für hiesige exportorientierte Unternehmen wichtig. Die Schweiz verfügt bereits über ein weitreichendes Netz an Freihandelsabkommen. Dieses muss jedoch laufend den neuen Anforderungen angepasst und mit neuen Abkommen ergänzt werden. Dazu zählen insbesondere die USA oder aufstrebende Märkte wie der Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay), Indien, Vietnam oder Malaysia.

Kantonalen Steuerföderalismus nicht einschränken

Im Bereich der Finanz- und Steuerpolitik richte ich mein Augenmerk auf zwei Themen. Erstens auf den kantonalen Steuerföderalismus und zweitens auf das internationale Steuersystem für Unternehmen.

Die Kantone bestimmen heute im Rahmen von Verfassung und Gesetz ihre Steuern selbst gemäss ihrem eigenen Finanzbedarf. Die Steuerharmonisierung zwischen Bund und Kantonen beschränkt sich heute auf die Steuerbemessungsgrundlage. Bei der Festlegung der Steuersätze sind die Kantone hingegen frei. Der Steuerwettbewerb ist eine Folge dieser fiskalpolitischen Autonomie. Der Fiskalföderalismus ist als Kernprinzip des Schweizer Staatswesens tief verankert und wird durch den Finanzausgleich des Bundes ergänzt. Diskutiert wird eine Einschränkung der steuerlichen Autonomie der Kantone, beispielsweise durch die Einführung vom Bund vorgegebener kantonalen Mindeststeuersätze. Der Fiskalföderalismus ist eines der zentralen finanzpolitischen Erfolgsrezepte der Schweiz. Die Effizienz der kantonalen Verwaltungen wird dadurch verbessert, die Steuerbelastung bleibt massvoll und die Akzeptanz der Steuern in der Bevölkerung gestärkt. Eine materielle Steuerharmonisierung verhindert die Anpassung der Steuerpolitik an lokale Gegebenheiten und führt mittelfristig zu einer höheren Steuerbelastung. Eine solche materielle Steuerharmonisierung ist deshalb abzulehnen.

Fundamentaler Bruch mit der heutigen Art der Firmenbesteuerung

Die Finanzminister der 20 weltweit wichtigsten Industrie- und Schwellenländer haben an ihrem Treffen im Juni im japanischen Fukuoka den Weg für eine Neuregelung des internationalen Steuersystems für Unternehmen frei gemacht. Unter anderem haben sie sich auf eine gemeinsame Erklärung zur stärkeren Besteuerung von Grosskonzernen, insbesondere von Tech-Giganten wie Apple, Google und Facebook geeinigt. Mit der Digitalisierung können international tätige Unternehmen zunehmend auf Märkten aktiv sein, ohne vor Ort eine physische Präsenz aufzuweisen. Gemäss etablierten Prinzipien im internationalen Steuerrecht erfolgt die Gewinnbesteuerung dort, wo die Wertschöpfung generiert wird, also wo die Programmierer, die Softwareentwickler und die Datenanalysten arbeiten, nicht am Ort des Konsums. Am Ort des Konsums fällt stattdessen die Mehrwertsteuer an. Gewisse Staaten möchten jedoch zusätzlich auch den Gewinn international tätiger Unternehmen stärker am Ort der Nutzer besteuern, etwa durch Sondersteuern auf dem Umsatz mit digitalen Dienstleistungen oder durch die Einführung einer Steuerpflicht bei rein digitaler Präsenz. Digitale Sondersteuern auf dem Umsatz sind ein fundamentaler Bruch mit der heutigen Systematik der Firmenbesteuerung. Im heutigen System bezahlen Firmen ihre Gewinnsteuern am Ort der Produktion als Entschädigung für die Nutzung der staatlichen Infrastruktur. Im Gegensatz dazu fällt die Mehrwertsteuer am Ort des Konsums an. Setzen sich zusätz-

liche Umsatzsteuern am Ort des Konsums international durch, so hätte dies potenziell gravierende Auswirkungen auf das Steuersubstrat der Schweiz. Die Steuern international tätiger Schweizer Firmen würden damit vermehrt nicht mehr hier, sondern in den Staaten mit grossen Absatzmärkten bezahlt.

Nachhaltige und generationengerechte Stabilisierung der AHV

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) gehört zu den wichtigsten Sozialwerken der Schweiz und ist ein wesentlicher Pfeiler der schweizerischen Altersvorsorge. Die AHV-Renten sollen die Existenzsicherung, das heisst den notwendigen Lebensbedarf gewährleisten. Aufgrund der Alterung der Gesellschaft verschlechtert sich nun das Verhältnis von Beitragszahlern zur Anzahl Rentner stetig. Mit der Pensionierung der grossen «Babyboomer»-Jahrgänge drohen der AHV zunehmend grössere Defizite. Um die Renten auf heutigem Niveau zu sichern, stehen prinzipiell zwei Hebel zur Verfügung: strukturelle Massnahmen wie die Erhöhung des Rentenalters oder Zusatzfinanzierungen. Angesichts der demografischen Herausforderungen fordert die Wirtschaft einen ausgewogenen Mix aus finanzpolitischen und strukturellen Massnahmen. Zur Stabilisierung der AHV soll der Umfang der Zusatzfinanzierung an die Nettoentlastung durch strukturelle Massnahmen wie die Angleichung bzw. Erhöhung des Referenzalters gekoppelt werden. Nur so kann eine nachhaltige und generationengerechte Stabilisierung der AHV gewährleistet werden.

99%-Initiative schadet Unternehmen und Wirtschaftswachstum

Heute werden Kapitaleinkommen grundsätzlich gleich besteuert wie Arbeitseinkommen. Ausnahme sind Dividenden von Beteiligungen über zehn Prozent, wo Bund und Kantone die Doppelbelastung mit der Gewinnsteuer durch eine Teilbesteuerung mildern. Die 99%-Initiative der Juso verlangt, dass Kapitaleinkommen über einem noch festzulegenden Freibetrag anderthalbmal gezählt werden. Dies gälte für die direkte Bundessteuer ebenso wie für die kantonalen Einkommenssteuern. So wären beispielsweise 100 Franken Kapitaleinkommen als 150 Franken Lohn Einkommen zu versteuern. Laut den Initianten sind im Begriff «Kapitaleinkommen» auch Kapitalgewinne, also etwa Wertsteigerungen bei Firmenbeteiligungen und Mietzinseinnahmen enthalten – abzüglich Unterhaltskosten und Schuldzinsen. Faktisch erhöht dieser Vorschlag die Steuerbelastung wegen der Progression um etwas mehr als 50 Prozent. Die Besteuerung der Kapitaleinkommen ist zentral für die Anreize, in Unternehmen und produktive Vorhaben zu investieren. Eine überproportional höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen würde sich negativ auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen und letztlich auch auf das Wirtschaftswachstum auswirken.

Schweizer Wirtschaft unterstützt Klimaziele des Bundesrats

Der Klimaschutz gehört derzeit zweifellos zu den wichtigsten Themen der nationalen und internationalen Politik. Die weltweite Klimaerwärmung ist eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft. Auch die Schweiz ist vom Klimawandel betroffen: ökologisch, landschaftlich und wirtschaftlich. Im Kampf gegen die Klimaerwärmung gilt es, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren. Je früher dies geschieht, desto besser ist es für das Klima und desto kostengünstiger wird es.

Im Klima-Abkommen von Paris hat sich auch die Schweiz verpflichtet, Massnahmen zu treffen, um die menschengemachte globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Konkret will der Bundesrat die Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren und damit einen Beitrag der Schweiz an das international vereinbarte Klimaziel von Paris leisten.

Die Schweizer Wirtschaft unterstützt sowohl das Klimaziel von Paris wie auch das Emissionsziel des Bundesrats. Die Unternehmen können und wollen einen Beitrag leisten, damit diese Ziele erreicht werden. Sie können mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen erreicht werden, ohne den Werkplatz Schweiz zu benachteiligen. Dann nämlich, wenn die Massnahmen flexibel umgesetzt werden.

So muss zum Beispiel offenbleiben, wo die Emissionen eingespart werden. Erstens, weil es für das Weltklima vollkommen unerheblich ist, wo der CO₂-Ausstoss reduziert wird. Hauptsache, er wird reduziert. Und zweitens, weil sich der Anteil von Inland- und Auslandsziel automatisch aus der Definition der Massnahmen ergibt. Wichtig ist nur, dass wir möglichst viele CO₂-Emissionen auf möglichst wirtschaftliche Weise reduzieren – egal wo. Eine Studie der ETH Zürich im Auftrag des Branchenverbands Swissmem hat gezeigt, dass rund 80 Prozent der Treibhausgasemissionen bei der Herstellung von Schweizer MEM-Produkten in der ausländischen Zuliefererkette anfallen. Dort liegt denn auch das weitaus grösste Potenzial für Massnahmen zur Emissionsreduktion. Die Debatte über zwingende Inlandsziele ist also nicht zielführend.

Anreize und unternehmerische Freiheiten hingegen sind für eine neue Klimapolitik Erfolg versprechend. Dies hat die Vergangenheit schon gezeigt. So müssen zum Beispiel alle Unternehmen Verminderungsverpflichtungen eingehen können. Damit können sie einen echten Beitrag für den Klimaschutz leisten. Über Zielvereinbarungen wird mehr Wirkung erzielt als mit der Einzelwirkung der CO₂-Abgabe. Oder anders gesagt: Eine Zielvereinbarung in Kombination mit einer moderaten CO₂-Abgabe ist ökologisch und auch ökonomisch sinnvoll, weil so eine höhere Wirkung, nicht zuletzt dank Innovation, bei tieferen Kosten resultiert. Wenn die Kosten für die Unternehmen unter dem Strich tiefer sind, fördert das zusätzlich die Akzeptanz einer nachhaltigen Klimapolitik. Die administrativen Hürden müssen aus dem Weg geräumt werden. Nur so werden die Zielvereinbarungen auch tatsächlich eingegangen und damit Einsparungen erzielt.

Bereits heute hat die Schweiz die weltweit höchste CO₂-Abgabe. Weitere Erhöhungen könnten zu Verlagerungen der Emissionen ins Ausland führen. Das hilft aber weder dem Klimaschutz noch dem Wirtschaftsstandort Schweiz.

Was es bei einer globalen Herausforderung wie der Klimaerwärmung vor allem braucht, ist ein international abgestimmter Ansatz, der Raum lässt für unternehmerische Lösungen, technologieneutral ausgestaltet ist und insbesondere innovationsfreundliche Rahmenbedingungen setzt. Ein Alleingang der Schweiz hingegen ist im Engagement gegen die globale Klimaerwärmung nicht wirksam.

Der Klimaschutz geht alle an, auch die Unternehmen. Die Wirtschaft sieht sich klar als Teil der Lösung des Klimaproblems. Einerseits entwickelt sie laufend innovative, klimafreundlichere Produkte und leistet so einen substanziellen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgase. Andererseits suchen die Unternehmen ständig bei sich selbst nach Optimierungsmöglichkeiten. Ein bewährtes Instrument ist dabei die Energie-Agentur der Wirtschaft. Seit ihrer Gründung 2001 hat die Energie-Agentur der Wirtschaft zusammen mit mehr als 3800 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen der Schweiz über 2700 Gigawattstunden Strom eingespart. Zusammen mit der Rückerstattung der CO₂-Abgabe resultierte eine Kosteneinsparung von über einer halben Milliarde Franken. Diesen Erfolgspfad gilt es weiterzugesuchen.

Verantwortliches Handeln von Unternehmen sichtbar machen

«Verantwortungsvolles Unternehmertum» ist auch 2019 ein Topthema unseres Verbands. Damit unterstreichen wir die Anstrengungen der Schweizer Unternehmen, sich für sozial und ökologisch verantwortungsvolles Handeln einzusetzen. In den Medien und der Öffentlichkeit wird die Verantwortung von Schweizer Unternehmen im Ausland intensiv diskutiert. Aufgrund der Debatte rund um die verfehlte Unternehmens-Verantwortungs-Initiative ist das Thema auch in der Politik sehr aktuell. Oft wird dabei ausgeblendet, was die international tätigen Schweizer Firmen im Bereich der Menschenrechte, der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Entwicklung im Ausland bereits leisten. Diese Aspekte wollen wir verstärkt in die Debatte einbringen.

Wirtschaftlicher Erfolg kann langfristig nur in einer leistungsfähigen und stabilen Gesellschaft erreicht werden. Die aktuelle Diskussion ist eine Chance zu zeigen, dass Schweizer Unternehmen im Ausland ihre Verantwortung aktiv leben. Einerseits leisten die Schweizer Unternehmen durch ihr Engagement bereits einen wichtigen Beitrag zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung vor Ort: Sie bieten Arbeitsplätze, schaffen Aufträge für lokale Zulieferer und zahlen Steuern. Andererseits intensivieren sie ihr Engagement in sozialen und ökologischen Bereichen seit mehreren Jahren sehr stark.

Die neu lancierte Website www.verantwortung-leben.ch porträtiert mit anschaulichen Beispielen das verantwortliche Handeln von Schweizer Unternehmen und wie sie die damit verbundenen Herausforderungen meistern. Über die Branchen hinweg und für alle Unternehmensgrößen. Oft wird unternehmerische Verantwortung mit Begriffen wie «Corporate Social Responsibility» thematisiert. Das macht die Sache fürs breite Publikum jedoch kaum verständlicher. «Verantwortung leben» zeigt mit konkreten Beispielen, wie Schweizer Unternehmen mit ihrer Verantwortung umgehen und macht so die gelebte Verantwortung sichtbar.

Weichen stellen für eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftspolitik

Das, meine Damen und Herren, sind aus Sicht von *economiesuisse* nur einige wenige Herausforderungen für die Schweizer Wirtschaftspolitik in der kommenden Legislatur 2019 bis 2023. Weitere Ziele werden wir in den kommenden Monaten bei verschiedenen Gelegenheiten thematisieren.

Ich komme zum Schluss: Im Herbst finden die eidgenössischen Wahlen statt. Das neue Parlament wird es in der Hand haben, die Weichen für eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftspolitik zu stellen, zum Beispiel beim Rahmenabkommen oder in der Altersvorsorge – damit die Schweiz weiterhin an der Spitze der wettbewerbsfähigsten Länder bleibt. Eine gute Wirtschaftspolitik sorgt für bestmögliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Die bewährten Erfolgsfaktoren der Schweizer Wirtschaft wie Investitionen in Forschung und Bildung, offener Zugang zu den Weltmärkten oder eine wettbewerbsfähige Finanz- und Steuerpolitik bilden für die Politik einen guten Orientierungsrahmen.

Wir appellieren also an die Politik, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz wieder zu stärken. Im internationalen Standortwettbewerb muss die Schweiz wieder zu den Topdestinationen der Welt aufsteigen. Ob das gelingen wird, werden die Ländervergleiche in den kommenden Jahren zeigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.